

Doch man sieht nur die im Fernsehen: wie viele Arbeitsplätze die österreichische Politik bietet

Dawid, Evelyn

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dawid, E. (2004). Doch man sieht nur die im Fernsehen: wie viele Arbeitsplätze die österreichische Politik bietet. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(1), 95-107. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60573>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Evelyn Dawid (Wien)

Doch man sieht nur die im Fernsehen

Wie viele Arbeitsplätze die österreichische Politik bietet

Im Rahmen einer Forschungsarbeit über die Beschäftigung im Nonprofit Sektor in Österreich wurde mittels eines per E-Mail versandten Kurzfragebogens auch der Bereich Politik erfasst. Die Daten gelten für den Sommer 2003, und es wurde eine Rücklaufquote von 76,0 % erreicht. Berücksichtigt wurden Nonprofit Organisationen, die im Rahmen der Repräsentativdemokratie erfolgreich sind, also Parteien, die gewählte Mandatare stellen – außerdem zur Gegenüberstellung der gesamte öffentliche Sektor, also alle auf Zeit gewählten PolitikerInnen. Der öffentliche Sektor zählt 43.727 Beschäftigte, wobei der überwiegende Teil erstens nur nebenberuflich in der Politik tätig ist und zweitens auf Gemeindeebene (98,2 %!) arbeitet. Der deutlich größere Nonprofit Sektor erreicht 110.312 Beschäftigte, die aber nur zu 1,6 % bezahlt arbeiten. Insbesondere SPÖ und ÖVP basieren auf dem Engagement ehrenamtlicher MitarbeiterInnen. Auffallend sind die schmale Personalausstattung der FPÖ und der hohe Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den Grünen.

*Keywords: Österreich, politisches System, Beschäftigungszahlen
Austria, political system, level of employment*

1. Einleitung

Wie viele Menschen arbeiten in Österreich in der Politik? Wie viele in den Parteien, wie viele als gewählte FunktionsträgerInnen? Scheinbar einfache Fragen, auf die es aber keine ebenso einfachen Antworten gibt, denn der Föderalismus wird in der Organisation der österreichischen Politik groß geschrieben. So führt zum Beispiel keine einzige der vier im Nationalrat vertretenen politischen Parteien zentral Aufzeichnungen darüber, wie viele Personen sie insgesamt beschäftigt. Aber auch die Gesamtzahl aller österreichischen GemeinderätInnen kann man nur über Recherchen in den einzelnen Bundesländern in Erfahrung bringen.

Politische Parteien erfüllen alle Kriterien von Nonprofit Organisationen: Sie sind auf Dauer ausgerichtet, weisen eine formale Organisationsstruktur auf, sind privat (im Gegensatz zu öffentlich), schütten keinen Gewinn aus, sind

selbstverwaltet und basieren auf Freiwilligkeit, was Mitgliedschaft, Spenden und ehrenamtliche Mitarbeit anlangt. Und so durften sie natürlich in einem Forschungsprojekt, das die Beschäftigung im gesamten österreichischen Nonprofit Sektor zum Inhalt hatte, nicht fehlen¹. Alle Bereiche, in denen Nonprofit Organisationen in Österreich eine Rolle spielen, wurden im Rahmen dieser Forschungsarbeit erfasst – mit unterschiedlichen Instrumenten: manche in Primärerhebungen mit per Post versandten ausführlichen Fragebögen, andere durch die Analyse sekundärstatistischer Materials und eine dritte Gruppe schließlich ebenfalls in Primärerhebungen, aber mit einem ganz kurzen Fragebogen, der per E-Mail verschickt wurde. In diese letzte Gruppe fällt der Bereich Politik, für den die Ergebnisse hier präsentiert werden. Nicht nur der Nonprofit Sektor wurde im Rahmen des Forschungsprojekts erfasst, sondern möglichst auch der öffentliche und der gewinn-

orientierte. Damit sollte erstens ein Eindruck von der jeweiligen Größe der drei Sektoren in den verschiedenen Bereichen gewonnen werden, um ein Urteil über die Bedeutung des Nonprofit Sektors fällen zu können, und zweitens die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der drei Sektoren herausgearbeitet werden. Nun spielt für den Bereich Politik der gewinnorientierte Sektor keine Rolle, der öffentliche aber sehr wohl, weshalb auch die Summe aller gewählten FunktionsträgerInnen ermittelt wurde – vom Bundespräsidenten bis zu den GemeinderätInnen.

Auf diese Art und Weise wurde erstmals erhoben, wie viele Beschäftigte – bezahlte und ehrenamtliche – in der österreichischen Politik arbeiten. Gemeint ist Politik im aller engsten Sinne des Wortes: für den Nonprofit Sektor heißt das, betrieben von Personen und Gruppierungen, die sich ausschließlich mit Politik beschäftigen, die ferner im Rahmen der Repräsentativdemokratie reüssieren, also Mandate erhalten und in Folge dessen für ihre Arbeit mit Förderungen aus Steuergeld bedacht werden. Gewiss sind auch der Kärntner Heimatdienst und die Hausbesetzer aus der Anarchoszene politisch tätig. Aber sie stellen sich keiner Wahl zu einer gesetzgebenden Körperschaft, sie werden dorthin nicht von den Wählern delegiert, und sie erhalten keine daraus resultierende Förderung – was eben die Kriterien für die Aufnahme in diese Studie waren.

Berufliche Interessenvertretungen und Standesvertretungen sind von unserer – wie gesagt ganz engen – Politik-Definition ebenfalls nicht umfasst: Zwar kommt ihnen großes politisches Gewicht zu, sie beschäftigen sich aber nicht ausschließlich mit Politik und wurden daher im Rahmen dieser Studie nicht dem Bereich „Politik“ zugeordnet.

Trotzdem bleiben noch ein paar Abgrenzungsprobleme bestehen. Auf Gemeindeebene werden zahlreiche Mandate von Bürgerinitiativen oder Namenslisten besetzt. Auch diese sind in der Studie nicht enthalten, denn *Conditio sine qua non* für Nonprofit Einrichtungen ist es, dass sie auf Dauer angelegt sein und ein Minimum an Organisationsgrad haben müssen. Beides dürfte bei Namenslisten bei weitem

mehrheitlich nicht der Fall sein, die sich ja häufig nur für eine einzige Wahl bilden. Und schließlich – die wohl schwierigste Abgrenzung – bewegt sich im Umfeld der politischen Parteien eine Vielzahl von Vereinen, die laut Statuten mehr oder weniger zur Partei gehören: Frauen-, Jugend- oder Seniorenvertretungen zum Beispiel. Hier lag das Kriterium, das über die Aufnahme in den Bereich „Politik“ innerhalb unserer Studie entschied, in der inneren Organisationsstruktur der jeweiligen Partei: Haben die „vorgelagerten“ Institutionen die (sei es auch nur faktische) Möglichkeit, aus ihren Reihen direkt und ohne Umweg über die Partei öffentlich wählbare KandidatInnen aufzustellen? Begründet die Mitgliedschaft in der Vorfeldorganisation zwangsläufig eine Mitgliedschaft in der Partei? Beide Fragen sind nur bei den sechs Bündeln der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit Ja zu beantworten: Die Bündle sind ausdrücklich Teil der Partei und nominieren eine Vielzahl von öffentlichen FunktionsträgerInnen.

Eine Sonderstellung nehmen die Parteiakademien ein: Organisatorisch zwar weitgehend selbstständig, sind sie zugleich doch Teil der Partei und vor allem finanziell (durch ihre Anbindung an die Parteienfinanzierung) unmittelbar von deren Wahlerfolg abhängig; darum sind auch ihre MitarbeiterInnen in dieser Erhebung enthalten.

Und nun noch eine Abgrenzung für den öffentlichen Sektor: Die MitarbeiterInnen der Bundesministerien und der Ämter der Landesregierungen wurden dem staatlichen Verwaltungsapparat zugerechnet, auch wenn ohne ihre Fachkompetenz in Gesetze gegossene Politik undenkbar ist. Artikel 20 der österreichischen Bundesverfassung unterscheidet auf Zeit gewählte und beamtete Organe: Erstere sind in die Befragung einbezogen, letztere nicht.

Die Fragebögen wurden von März bis Juli 2003 verschickt, die Rücklaufquote betrug für den Nonprofit Sektor im Bereich Politik 76,0 %. Das Datenmaterial über den öffentlichen Sektor wurde zum größeren Teil dem Internet entnommen, zum anderen Teil telefonisch oder per E-Mail bei den Ämtern der Landesregierungen bzw. den Parlaments- und Landtagsklubs

und -fraktionen erhoben. Im Detail ist die Datensammlung eine Momentaufnahme, da in der Politik die Beschäftigten rasch und häufig wechseln, nicht nur nach Wahlen, sondern auch – insbesondere auf Gemeindeebene – mitten in den Amtsperioden.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem öffentlichen und dem Nonprofit Sektor sind im Bereich der Politik besonders eng. Kaum ein gewählter Politiker, der nicht über seine Mitarbeit in einer Partei in sein Amt gekommen wäre. Kaum eine gewählte Politikerin, die keine Funktion in ihrer Partei ausüben würde. Auch der Wechsel zwischen den Sektoren ist üblich: Maria Rauch-Kallat etwa war am Beginn ihrer politischen Karriere Mitarbeiterin der ÖVP und damit dem Nonprofit Sektor zuzuordnen, dann wurde sie Ministerin und wechselte damit in den öffentlichen Sektor, dann wieder zurück in den Nonprofit Sektor, als sie Generalsekretärin der ÖVP wurde, und schließlich ging sie noch ein zweites Mal als Ministerin in den öffentlichen Sektor.

2. Der öffentliche Sektor – Die auf Zeit gewählten Organe

2.1 Eigenartige Beschäftigungsverhältnisse

Auf Zeit gewählte öffentliche FunktionsträgerInnen arbeiten nicht auf Grund eines herkömmlichen Dienstverhältnisses. Bei wem sollten sie auch angestellt sein? Der Bundespräsident, die Regierungsmitglieder, die Abgeordneten und die GemeindevertreterInnen haben keine Arbeitgeber, die ihnen Weisungen erteilen oder ihre Leistungen bewerten könnten. Das ist Aufgabe der WählerInnen. Diese Eigenart findet ihren Niederschlag in der besonderen und in Österreich einzigartigen Gestaltung des Beschäftigungsverhältnisses für gewählte PolitikerInnen: Sie haben weder einen Dienstvertrag noch sind sie Selbstständige, gelten aber steuerlich als unselbstständig erwerbstätig. Ihr Einkommen ist in den Bezügegesetzen geregelt, die genaue Höhe wird vom Präsidenten des Rechnungshofs öffentlich bekannt gegeben. Derzeit gilt die Kundmachung in der Wiener

Zeitung vom 16. Mai 2002. Darin wird ein Ausgangsbetrag von Euro 7.500,- ausgewiesen, auf den sich alle aufgelisteten Einkommen prozentmäßig beziehen. So erhält der Bundespräsident etwa 280 %, der Bundeskanzler 250 % und die BundesministerInnen 200 % monatlich brutto, und zwar 14mal jährlich. Für die öffentlichen FunktionärInnen auf Bundesebene sind in der Kundmachung Fixbeträge angegeben, für jene auf Landesebene Obergrenzen – die genaue Höhe wird durch die Landesbezügegesetze festgelegt.

2.2 Die Anzahl der Beschäftigten

43.727 Beschäftigte zählte der öffentliche Sektor im Bereich der Politik im Sommer 2003. Die meisten davon waren nur nebenberuflich in der Politik tätig, denn eine überwiegende Mehrheit von 98,2 % hatte ihr Aufgabengebiet auf Gemeindeebene, und BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen haben mit der Ausnahme der großen Städte einen anderen Brotberuf. Daraus folgt, dass all die bekannten Gesichter, all die Namen, die die Nachrichtensendungen prägen und die für die österreichische Politik schlechthin stehen, nur einen kleinen Teil der politischen Arbeit verrichten, die tagtäglich anfällt. Es mag der bedeutendste Teil sein, und er mag nicht so klein sein wie der Anteil der Bundes- und LandespolitikerInnen an der Summe, aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, dass politische Arbeit zum Großteil auf der untersten Ebene, auf jener der Gemeinden, geleistet wird und aus Entscheidungen besteht, die nur von lokaler Bedeutung sind. Wie groß dieser Anteil tatsächlich ist, könnte nur eingeschätzt werden, wenn bekannt wäre, wieviel Zeit BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen, Landes- und BundespolitikerInnen im Durchschnitt pro Woche aufwenden.

Ein Blick auf die gewählten politischen FunktionsträgerInnen, aufgeteilt nach Parteien, zeigt, dass nahezu die Hälfte von ihnen der ÖVP angehört, was auf Grund der bereits beschriebenen Größenverhältnisse gleichzeitig heißt, dass die ÖVP die Mehrheit der GemeindevertreterInnen stellt, und zwar mit 48,0 % sogar

Tabelle 1: Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor der österreichischen Politik – Stand Sommer 2003

	absolut	in %
BundespräsidentIn	1	0,00
Nationalrat	183	0,42
Bundesrat	62	0,14
Europäisches Parlament	21	0,05
Bundesregierung	18	0,04
Landtage	448	1,02
Landesregierungen	71	0,16
GemeindevertreterInnen	42.923	98,16
Summe	43.727	100,00

Quelle: Telefon- und Internetrecherche. Eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Anzahl der auf Zeit gewählten politischen Funktionsträger nach Parteien – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		Sonstige	
	absolut	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Bundespräs.	1	100,0	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Nationalrat	183	100,0	79	43,2	69	37,7	18	9,8	17	9,3	0	0,0
Bundesrat	62	100,0	28	45,2	21	33,9	12	19,4	1	1,6	0	0,0
Europ. Parl.	21	100,0	7	33,3	7	33,3	5	23,8	2	9,5	0	0,0
Bundesreg.	18	100,0	12	66,7	0	0,0	6	33,3	0	0,0	0	0,0
Landtage	448	100,0	171	38,2	160	35,7	87	19,4	30	6,7	0	0,0
Landesreg.	71	100,0	34	47,9	30	42,3	7	9,9	0	0,0	0	0,0
Gemeindevertr. ¹	31.563	100,0	15.156	48,0	10.667	33,8	3.593	11,4	481	1,5	1.666	5,3
Summe	32.367	100,0	15.488	47,9	10.954	33,8	3.728	11,5	531	1,6	1.666	5,1

1 Für die Steiermark und Tirol standen keine Daten über die Parteizugehörigkeit ihrer insgesamt 11.110 GemeindevertreterInnen zur Verfügung, und für Kärnten fehlten die Informationen für 250 GemeindevandatarInnen, was zusammen eine Fehlsumme von 11.360 ergibt.

Quelle: Telefon- und Internetrecherche. Eigene Berechnungen.

fast eine – natürlich in dieser Form nur rechnerisch relevante – absolute Mehrheit. Der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) zuzurechnen ist etwas mehr als ein Drittel aller gewählten PolitikerInnen Österreichs, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) 11,4 % und den Grünen 1,7 Prozent. Dieser niedrige Wert für die jüngste der vier Parteien macht – analog zur ÖVP – klar, welche Position die Grünen auf Gemeindeebene haben, nämlich eine sehr schwache. Im Nationalrat und im Europäischen Parlament sind sie mit rund zehn Prozent we-

sentlich stärker vertreten, aber auch in den Landtagen mit durchschnittlich 6,8 Prozent. Die FPÖ weist sehr unterschiedliche Werte auf und ist – ganz unabhängig von ihren Verlusten in der Wählergunst während der vergangenen rund fünf Jahre – auf Gemeindeebene unterdurchschnittlich vertreten. Nur bei den Sozialdemokraten gibt die Summe annähernd einen Durchschnittswert an. Für die KPÖ sind nirgends eigene Zahlen ausgewiesen, ihre MandatarInnen werden stets mit jenen der Namenslisten unter „Sonstige“ subsumiert.

2.2.1 Die Ebene der Länder

Auf der Ebene der Länder sind in Summe 519 öffentliche FunktionsträgerInnen tätig, das sind etwa doppelt so viele wie auf Bundesebene. 448 davon sind Landtagsabgeordnete, meist ist das jedoch nicht ihr einziger Beruf. So wird bei der Festsetzung der Bezüge zum Beispiel

zwischen Klubobleuten im Landtag unterschieden, die noch einen weiteren Beruf ausüben (100 % des Basisbetrags), und solchen, die ihre politische Aufgabe zum einzigen Beruf machen (140 %).

Die Mitglieder der Landesregierungen dagegen sind allesamt hauptberufliche PolitikerInnen.

Tabelle 3: Anzahl der Abgeordneten zu den Landtagen nach Bundesland und Partei – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		Sonstige	
	absolut	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Burgenland	36	100,0	13	36,1	17	47,2	4	11,1	2	5,6	0	0,0
Kärnten	36	100,0	8	22,2	12	33,3	16	44,4	0	0,0	0	0,0
Niederösterreich	56	100,0	31	55,4	19	33,9	2	3,6	4	7,1	0	0,0
Oberösterreich	56	100,0	25	44,6	16	28,6	12	21,4	3	5,4	0	0,0
Salzburg	36	100,0	15	41,7	12	33,3	7	19,4	2	5,6	0	0,0
Steiermark	56	100,0	27	48,2	19	33,9	7	12,5	3	5,4	0	0,0
Tirol	36	100,0	18	50,0	8	22,2	6	16,7	3	8,3	1	2,8
Vorarlberg	36	100,0	18	50,0	5	13,9	11	30,6	2	5,6	0	0,0
Wien	100	100,0	16	16,0	52	52,0	21	21,0	11	11,0	0	0,0
Summe	448	100,0	171	38,2	160	35,7	86	19,2	30	6,7	1	0,2

Tabelle 4: Anzahl der Mitglieder der Landesregierungen nach Bundesland und Partei – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne	
	absolut	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Burgenland	7	100,0	3	42,9	4	57,1	0	0,0	0	0,0
Kärnten	7	100,0	1	14,3	3	42,9	3	42,9	0	0,0
Niederösterreich	9	100,0	6	66,7	3	33,3	0	0,0	0	0,0
Oberösterreich	9	100,0	4	44,4	3	33,3	2	22,2	0	0,0
Salzburg	7	100,0	4	57,1	3	42,9	0	0,0	0	0,0
Steiermark	9	100,0	5	55,6	3	33,3	1	11,1	0	0,0
Tirol	7	100,0	5	71,4	2	28,6	0	0,0	0	0,0
Vorarlberg	7	100,0	6	85,7	0	0,0	1	14,3	0	0,0
Wien	9	100,0	0	0,0	9	100,0	0	0,0	0	0,0
Summe	71	100,0	34	47,9	30	42,3	7	9,9	0	0,0

Quelle (3, 4): Telefon- und Internetrecherche. Eigene Berechnungen.

2.2.2 Die Ebene der Gemeinden

In den 2.359 Gemeinden Österreichs arbeiten 42.023 GemeindemandatarInnen, für einen Großteil von ihnen ist die Politik nur eine Nebenbeschäftigung – in welchem Ausmaß, hängt von der Größe der Gemeinde ab.

Normalerweise erhalten GemeinderätInnen nur eine Aufwandsentschädigung, und selbst die BürgermeisterInnen, die gewöhnlich ein Mandat haben und daher in der Zahl der GemeindevertreterInnen enthalten sind, arbeiten nur in den größeren Städten hauptberuflich als PolitikerInnen.

Tabelle 5: Anzahl der GemeindevertreterInnen nach Bundesland und Partei – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		Sonstige	
	absolut	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Burgenland	3.064	100,0	1.341	43,8	1.547	50,5	96	3,1	13	0,4	67	2,2
Kärnten ¹	2.552	95,6	619	24,3	1.131	44,3	490	19,2	18	0,7	44	7,1
Niederösterreich	11.667	100,0	6.406	54,9	3.853	33,0	666	5,7	146	1,3	596	5,1
Oberösterreich	9.622	100,0	4.954	51,5	2.844	29,6	1.595	16,6	39	0,4	190	2,0
Salzburg	2.032	100,0	987	48,6	633	31,2	312	15,4	54	2,7	46	2,3
Steiermark ²	7.502	100,0	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–
Tirol ²	3.608	100,0	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–
Vorarlberg	1.752	100,0	630	36,0	153	8,7	232	13,2	45	2,6	692	39,5
Wien	1.124	100,0	219	19,5	506	45,0	202	18,0	166	14,8	31	2,8
Summe	42.923	–	15.156	–	10.667	–	3.593	–	481	–	1.666	–

1 In Kärnten stand die Aufschlüsselung nach Parteizugehörigkeit nur für 95,6 % der GemeindemandatarInnen zur Verfügung.

2 Für die Steiermark und Tirol waren die Daten über die Parteizugehörigkeit nicht verfügbar.

Tabelle 6: Anzahl der BürgermeisterInnen nach Bundesland und Partei – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		Sonstige	
	absolut	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Burgenland	171	100,0	73	42,7	93	54,4	1	0,6	0	0,0	4	2,3
Kärnten	132	100,0	27	20,5	70	53,0	21	15,9	0	0,0	14	10,6
Niederösterreich	573	100,0	413	72,1	139	24,3	0	0,0	0	0,0	21	3,7
Oberösterreich	445	100,0	344	77,3	91	20,4	8	1,8	0	0,0	2	0,4
Salzburg	119	100,0	98	82,4	21	17,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Steiermark	543	100,0	396	72,9	143	26,3	4	0,7	0	0,0	0	0,0
Tirol ¹	279	100,0	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–
Vorarlberg ¹	96	100,0	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–	k. A.	–
Wien	23	100,0	6	26,1	16	69,6	0	0,0	1	4,3	0	0,0
Summe	2.381	–	1.357	–	573	–	34	–	1	–	41	–

1 Für Tirol und Vorarlberg waren die Daten über die Parteizugehörigkeit nicht verfügbar.

Quelle (6, 7): Telefon- und Internetrecherche. Eigene Berechnungen.

Ein Sonderfall in mehrfacher Hinsicht ist Österreichs größte Gemeinde: Wien. Da hier der Bürgermeister gleichzeitig Landeshauptmann ist, wurden er und seine Stadträte in die Kategorie Landesregierungen gerechnet. Ähnliches gilt für den Wiener Gemeinderat, der zu den Landtagen gezählt wurde. In Wien kommt mit den 23 Bezirken eine Ebene hinzu, die in keinem anderen Bundesland ihresgleichen hat. Die BezirksvorsteherInnen bekleiden eine dem Bürgermeisteramt annähernd vergleichbare Position. Dementsprechend wurden sie in die Liste der BürgermeisterInnen aufgenommen, woraus sich eine Gesamtsumme von 2.381 ergibt. Den GemeinderätInnen in allen anderen Österreichischen Gemeinden entsprechen in Wien die BezirksrätInnen, die auch gegen eine Aufwandsentschädigung tätig sind. Eine weitere Wiener Besonderheit ist, dass nicht alle Bezirksvorsteher automatisch auch ein Mandat haben, deshalb wurden jene 15, die über kein Mandat verfügen, zur Liste der GemeindepolitikerInnen addiert.

Die meisten Gemeinden gibt es in Niederösterreich, das nach Wien auch die meisten EinwohnerInnen (2001: 1.550.394) (Statistik Austria – Homepage 2003) hat. Das ergibt 132 NiederösterreicherInnen pro GemeindemandatarIn. Nur das Burgenland hat ein noch besseres „Betreuungsverhältnis“, dort kommen 91 EinwohnerInnen auf einen Gemeindepolitiker oder eine -politikerin. Das schlechteste „Betreuungsverhältnis“ hat Wien mit 1.446 WienerInnen pro BezirksvertreterIn, und zwar mit Abstand, denn in Salzburg, das am vorletzten Platz liegt, „betreut“ ein Gemeindevertreter oder eine -vertreterin im Durchschnitt 255 Menschen. Je größer an EinwohnerInnen die Gemeinden eines Bundeslandes sind, desto mehr Menschen fallen tendenziell in die Zuständigkeit eines einzelnen Gemeindepolitikers. So gesehen sind die BewohnerInnen der Bundesländer mit kleinen Gemeinden politisch am besten vertreten.

2.2.3 Die MitarbeiterInnen der Klubs und Fraktionen des Parlaments und der Landtage

Alle Abgeordneten einer Partei zusammen bilden eine Fraktion, ab einer gewissen Stärke

– meist von drei Abgeordneten – wird aus der Fraktion ein Klub. Um die Arbeit in den Klubs und Fraktionen, und damit in den Volksvertretungen zu garantieren, stellen ihnen der Bund bzw. die Länder nicht nur Räumlichkeiten samt Infrastruktur zur Verfügung, sondern übernehmen auch die Kosten für die MitarbeiterInnen, die den Abgeordneten administrativ (SekretärInnen) und inhaltlich (FachreferentInnen) unter die Arme greifen. Wieviele derartige MitarbeiterInnen pro Klub oder Fraktion öffentlich finanziert werden, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden und wird häufig in Abhängigkeit von der Klubstärke nach mehr oder weniger komplizierten Schlüsseln berechnet. In den Klubs und Fraktionen arbeiten nicht nur öffentlich Bedienstete, sondern auch Beschäftigte der politischen Parteien selbst – hier trifft sich also der öffentliche mit dem Nonprofit Sektor. Die Klub- und FraktionsmitarbeiterInnen nach Sektoren zu trennen, wäre aber ohne unverhältnismäßigen Aufwand nicht möglich gewesen, denn nicht überall ist die Regelung so einfach wie im Burgenland, das jedem Klub unabhängig von dessen Stärke zwei MitarbeiterInnen finanziert. Die dortigen Landtagsklubs der SPÖ und der Grünen zum Beispiel haben jedoch jeweils drei MitarbeiterInnen – das bedeutet, dass hier der öffentliche Sektor mit zwei und der Nonprofit Sektor mit einem Angestellten vertreten sind. Komplizierter ist die Lage etwa in Vorarlberg, wo den Klubs je nach Stärke Finanzmittel für eine gewisse Anzahl von MitarbeiterInnen aus bestimmten Dienstklassen und Gehaltsstufen zugewiesen werden. Ob der Klub sein administratives Personal und seine Fachleute nun tatsächlich diesen Dienstklassen und Gehaltsstufen entsprechend entlohnt, ist jedoch seine Entscheidung. Er kann zum Beispiel auch weniger Leute, die dafür besser qualifiziert sind, anstellen.

Ganz ähnlich wie in Vorarlberg ist die Situation bei jenen Beschäftigten der Parlamentsklubs, die nach dem Parlamentsmitarbeitergesetz finanziert werden, dem zu Folge jedem und jeder Abgeordneten die Kosten für eine Hilfskraft refundiert werden, und zwar – in Anlehnung an das Gehaltsschema der Beam-

tInnen – entsprechend der Dienstklasse fünf und der Gehaltsklasse neun, was im Juli 2003 einen Beitrag von Euro 2.350,- monatlich ergab. AkademikerInnen bekommt man für dieses Gehalt gewöhnlich nicht, weshalb es üblich ist, dass sich mehrere Abgeordnete zusammenschließen und eine qualifizierte Fachkraft gemeinsam beschäftigen. Es kann also nur festgestellt werden, dass allen Nationalratsabgeordneten gemeinsam 183 MitarbeiterInnen der Dienstklasse fünf, Gehaltsklasse neun im „Wert“ von Euro 430.050,- monatlich zur Verfügung stehen, wieviele Menschen jedoch tatsächlich über das Parlamentsmitarbeitergesetz einen Arbeitsplatz erhalten und wieviele andererseits aus Parteimitteln bezahlt werden, war im Rahmen dieser Studie nicht eruiert. Zusätzlich werden den Parlamentsklubs noch insgesamt 55 Planstellen finanziert, aufgeteilt auf die einzelnen Parteien nach deren aktueller Stärke.

Die MitarbeiterInnen der Klubs und Fraktionen sind eindeutig dem Bereich Politik zuzurechnen, deshalb wurde ihre Summe erhoben, obwohl die Trennung nach Sektoren nicht möglich ist. Mehrheitlich gehören sie wohl dem öffentlichen Sektor an. Die Rücklaufquote war mit 82,1 % so hoch, dass sie eine verlässliche Hochrechnung auf alle Klubs und Fraktionen möglich machte. Da auch nach der Teilzeitquote gefragt wurde, konnte die Anzahl der fiktiv Vollzeitbeschäftigten (Vollzeitäquivalente) errechnet werden.

Tabelle 7: Anzahl der Beschäftigten (Köpfe und VZÄ) in den Fraktionen und Klubs des Parlaments und der Landtage in Österreich – Hochrechnung für Sommer 2003

Köpfe	VZÄ
352	330

Quelle: Eigene Primärerhebung 2003.

3. Der Nonprofit Sektor – Die politischen Parteien

3.1 Typische Beschäftigungsverhältnisse

Alle österreichischen Parteien, die bei Wahlen erfolgreich angetreten sind, erfüllen die Kriterien von Nonprofit Organisationen, ihr organisatorischer Aufbau unterscheidet sich aber zumindest teilweise, was sich auf die Zusammensetzung und die Anzahl der Beschäftigten auswirkt. Das Grundgerüst ist zwar bei allen Parteien gleich: Bundespartei, neun Landesparteien (die – zumindest organisatorisch – völlig selbstständig sind), Bezirks- und Ortsorganisationen (mit stark unterschiedlicher Flächendeckung je nach Partei). Was allerdings die ÖVP von der SPÖ, der FPÖ, den Grünen und der KPÖ unterscheidet, ist die enge Einbindung der Teilorganisationen (Bünde), die tatsächlich Teil der Partei sind. Wer Mitglied der ÖVP werden möchte, kann entweder der ÖVP beitreten oder auch einer der sechs Teilorganisationen, die jeweils bestimmte Bevölkerungsgruppen vertreten: die Bauern, die Wirtschaft, die ArbeitnehmerInnen, die Frauen, die Jugend und die SeniorInnen. Die Bünde stellen übrigens genau ein Drittel aller MitarbeiterInnen der ÖVP.

Ähnliches gibt es in den übrigen Parteien nicht. Auch sie haben zwar in ihrem Umfeld derartige Organisationen für bestimmte Zielgruppen, die jedoch sehr unterschiedlich eng an die Partei geknüpft sind. Bei der SPÖ ist die Vertretung der Frauen etwa als Referat völlig in die Partei integriert, jene der Jugend ist zwar formal selbstständig, ihre MitarbeiterInnen sind aber bei der Bundes- bzw. den Landesparteien angestellt (beide sind also in den Beschäftigtenzahlen dieser Studie enthalten). Die Kinderfreunde sind kein Teil der Partei – die Zugehörigkeit zu den Kinderfreunden begründet keine Parteimitgliedschaft bei der SPÖ (und die MitarbeiterInnen der Kinderfreunde sind demgemäß nicht Teil dieser Studie). Über ihre Teilnahme am Bundesparteitag sind die SPÖ-nahen Organisationen in die Entscheidungen der Partei eingebunden (SPÖ 1998, 14f). Die vergleichbaren Organisationen der Grünen haben kein Stimmrecht in den Parteigremien (Grüne

o. J., 1), genauso wenig jene der Freiheitlichen. Eine Besonderheit der Grünen ist ihr „zehntes Bundesland“, das den Minderheiten und AusländerInnen gleichsam eine politische Heimat geben soll und genauso wie die anderen neun Landesparteiorganisationen Sitze und Stimmen in den Parteigremien hat.

Die Akademien der Parteien – die Politische Akademie (ÖVP), das Renner-Institut (SPÖ), die Freiheitliche Akademie (FPÖ) und die Grüne Bildungsakademie – sind zwar organisatorisch eigenständig, aber die inhaltliche Bindung an die Mutterpartei ist äußerst eng, so kommen etwa die Parteiprogramme meist aus den so genannten Denkwerkstätten der Parteien. Vor allem aber hängen die Parteiakademien finanziell am Tropf der Parteienförderung, innerhalb derer ihnen ja eigene Mittel zugesprochen werden.

Gemeinsam ist den Parteien – und auch zahlreichen anderen Nonprofit Organisationen –, dass ihr Funktionieren zu einem hohen Grad auf der Mitwirkung unbezahlter MitarbeiterInnen beruht. Ohne sie wäre das Überleben der meisten politischen Parteien in ihrer jetzigen Form in Österreich nicht denkbar: Die sogenannten Ehrenamtlichen machen in „Köpfen“ gerechnet 98,4 % aller in den fünf hier untersuchten Parteien Arbeitenden aus.

Nur die FPÖ scheint wesentlich weniger auf unbezahlte Arbeit angewiesen zu sein als ihre drei Konkurrentinnen. Hier stellt sich aber ein Definitionsproblem, denn ehrenamtlich tätig ist der Jugendliche, der ab und zu ins Parteibüro kommt, um beim Postversand zu helfen, genauso wie alle FunktionärInnen. Ehrenamtlich tätig ist ein Bezirksobmann, der wöchentlich viele Stunden aufwendet, aber auch die Gemeindepolitikerin, die einmal im Monat einen Abend lang eine Sitzung besucht. Ehrenamtlich tätig sind die vielen WahlhelferInnen – das vielleicht nur einmal in ihrem Leben –, aber auch der Angehörige der SPÖ-Sektion, der seit dreißig Jahren dafür sorgt, dass es eine Beteiligung seiner Gruppe am Aufmarsch zum 1. Mai gibt. Fragt man nun nach der Anzahl der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, wie das in unserem Fragebogen der Fall war², besteht die Gefahr, dass jeder darunter etwas anderes verstehen

kann – selbst wenn die WahlhelferInnen ausdrücklich ausgeschlossen waren. Andererseits sagen die Antworten viel über das Selbstverständnis einer Partei aus, denn je weiter sie den Kreis der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen fasst, desto mehr Bedeutung misst sie ihnen zu – sie erkennt die Mitwirkung der sogenannten Basis als „richtige Arbeit“ an und nicht nur als Hilfsdienst. Die Antworten lassen vermuten, dass es bei ÖVP, SPÖ und Grünen im Großen und Ganzen eine recht einheitliche Vorstellung (wenn auch nicht auf Basis einer klaren Definition) davon gibt, was unter ehrenamtlicher Arbeit in der Politik verstanden wird.³

Dass hingegen die FPÖ – bei ihr arbeiten nur 15,2 % der Beschäftigten unbezahlt – ein anderes Bild bietet, liegt vielleicht auch daran, dass sie ihre Daten für die Gesamtpartei zur Verfügung stellte, also nur eine Antwort vorliegt – hier spielt also das individuelle Verständnis, das der oder die Antwortende vom Begriff „Ehrenamt“ hat, eine größere Rolle als bei den anderen Parteien, deren Bundes- und Landesorganisationen aufgrund ihrer föderalistischen Struktur alle einzeln befragt werden mussten und bei denen daher zahlreiche Einzelpersonen einschätzten, was ein „Ehrenamt“ ist – Einschätzungen, die in Summe offenbar dazu tendierten, sich auszugleichen. Ähnliches wie für die FPÖ galt wohl auch für die KPÖ, als eine Mitarbeiterin im Frühsommer 2003 angab, dass es in der gesamten Partei keinen einzigen ehrenamtlichen Mitarbeiter gäbe. Anfang Oktober änderte sich die Situation für die KPÖ jedoch grundlegend: In Folge eines verlorenen Prozesses, der ihre Finanzlage völlig veränderte, musste sie sich von all ihren Angestellten trennen. Ihr Weiterbestehen soll in Zukunft ausschließlich von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen gesichert werden (Der Standard, 7.10.2003).

3.2 Die Anzahl der Beschäftigten

110.312 MitarbeiterInnen zählte der Nonprofit Sektor im Bereich der Politik im Sommer 2003, aber nur 1.757 erhielten eine Bezahlung. Die größte Arbeitgeberin, und zwar für Haupt- und für Ehrenamt, war die ÖVP, gefolgt von der

SPÖ. Alle Daten beruhen auf der anfangs erwähnten Primärerhebung, wobei für die Bundes- und Landesparteiorganisationen ein Rücklauf von 100 Prozent erreicht wurde, für die

Parteiakademien wurde auf Basis eines Rücklaufs von 92,9 % eine Hochrechnung angestellt, desgleichen für die Teilorganisationen der ÖVP, und zwar auf einer Basis von 56,9 %.

Tabelle 8: Anzahl der Beschäftigten im Nonprofit Sektor der österreichischen Politik – Stand Sommer 2003

	Gesamt		Hauptamt		Ehrenamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ÖVP	68.803	100,0	763	1,1	68.040	98,9
SPÖ	40.577	100,0	577	1,4	40.000	98,6
FPÖ	330	100,0	280	84,8	50	15,2
Die Grünen	552	100,0	87	15,8	465	84,2
KPÖ	50	100,0	50	100,0	0	0,0
Summe	110.312	100,0	1.757	1,6	108.555	98,4

Quelle: Eigene Primärerhebung 2003.

Was für den öffentlichen Sektor nicht möglich war, nämlich nicht nur die Anzahl der Beschäftigten anzugeben, sondern auch eine Gewichtung entsprechend ihrem Zeitaufwand durchzuführen, ergibt für den Nonprofit Sektor keinerlei Problem: für die bezahlten MitarbeiterInnen nicht, weil im Fragebogen auch die Teilzeitquote erhoben wurde, und für die Ehrenamtlichen nicht, weil hier auf eine aktuelle Studie über die

Rolle von ehrenamtlicher Arbeit in Österreich (Hollerweger 2001, 46) zurückgegriffen werden konnte, die einen durchschnittlichen wöchentlichen Zeitaufwand von 2,56 Stunden für den Bereich Politik ermittelte. Die Umrechnung der „Köpfe“ in fiktive Vollzeitbeschäftigte ändert jedoch nichts Grundsätzliches: Noch immer haben die unbezahlt Tätigen eine deutlich dominierende Stellung inne.

Tabelle 9: Anzahl der fiktiv Vollzeitbeschäftigten (VZÄ) im Nonprofit Sektor der österreichischen Politik – Stand Sommer 2003

	Gesamt		Hauptamt		Ehrenamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ÖVP	5.715	100,0	683	12,0	5.032	88,0
SPÖ	3.360	100,0	402	12,0	2.958	88,0
FPÖ	246	100,0	242	98,4	4	1,6
Die Grünen	92	100,0	58	63,0	34	37,0
KPÖ	41	100,0	41	100,0	0	0,0
Summe	9.454	100,0	1.426	15,1	8.028	84,9

Quelle: Eigene Primärerhebung 2003.

Auffallend ist der enorm hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten bei den Grünen: Nur 35,6 % der MitarbeiterInnen sind dort vollbeschäftigt.

Und auffallend ist weiters, dass der Anteil der Ehrenamtlichen bei ÖVP und SPÖ auf die Dezimalstelle genau übereinstimmt und dass die Tä-

tigkeit dieser beiden Parteien in besonderem Maße von unbezahlter Arbeit abhängig ist. Das legt die Vermutung nahe, dass trotz aller äußeren Unterschiede in Organisation und Struktur, die Funktionsweisen der beiden „alten“ Großparteien einander sehr ähnlich sind. Beide stützen sich auf eine große Zahl von lokalen MitarbeiterInnen, die Parteiarbeit – insbesondere auf Bezirks- und Gemeindeebene – unbezahlt leisten. Beide haben auf Grund ihrer in Wählerstimmen gemessenen politischen Stellung die Möglichkeit, diese FunktionärInnen zu entlohnen, ohne dafür Geld aufwenden zu müssen, nämlich mit öffentlichen Funktionen, die ihren TrägerInnen wiederum mit wenigen Ausnahmen kaum Geld, aber dafür soziales Prestige und gesellschaftliche Bedeutung einbringen. Hier treffen sich also der Nonprofit und der öffentliche Sektor, denn ein großer Anteil der für ihre Partei ehrenamtlich Tätigen findet sich wohl in der Zahl der gewählten GemeindevertreterInnen wieder. Doch bei weitem nicht für alle unbezahlten MitarbeiterInnen gibt es eine öffentliche Funktion: 108.555 Ehrenamtliche stehen nämlich 42.923 GemeindevandamentarInnen gegenüber.

Die FPÖ, die Grünen und die KPÖ kommen mit wesentlich weniger MitarbeiterInnen aus als ÖVP und SPÖ. Bei Grünen und KPÖ erklärt sich das ganz einfach aus der geringen Größe dieser Parteien. Bei der FPÖ jedoch liegt der Fall etwas komplizierter: In der Bundespolitik hatte sie vor ihrer Regierungsbeteiligung zu ÖVP und SPÖ aufgeschlossen, und auch auf Landesebene konnte sie zum Teil beträchtliche Erfolge verbuchen. Trotzdem blieb ihre Organisation äußerst schlank – wie schlank, das zeigen die Ergebnisse dieser Erhebung sehr deutlich.⁴

3.2.1 Bund und Länder

Eine Aufteilung auf die Ebenen des Bundes und der Länder war nur für die hauptamtlichen MitarbeiterInnen möglich, weil für das Ehrenamt vielfach nur Überblicksdaten für das gesamte Bundesgebiet zur Verfügung gestellt wurden. Sie spiegelt deutlich – wenn auch nicht mit der gleichen Vehemenz – wider, was schon die Daten für die öffentlichen FunktionärInnen ergeben haben: Auf Bundesebene arbeitet nur ein kleiner Teil der in der Politik Beschäftigten. Für den öffentlichen Sektor waren das überhaupt nur 0,6 %, für den Nonprofit Sektor immerhin 15,8 % (in Vollzeitäquivalenten gerechnet). Dieser Aufteilungsschlüssel ist bei allen drei Parteien, für die nach Bund und Ländern getrennte Daten zur Verfügung standen, in etwa gleich.

4. Die Summe der Sektoren

Der öffentliche Sektor und der Nonprofit Sektor sind quantitativ erfasst, eine einfache Addition der beiden ergibt aber auf Grund der zahlreichen gewählten öffentlichen FunktionsträgerInnen, die gleichzeitig bei einer Partei mitarbeiten, eine zu hohe Summe. Es gilt insbesondere auf der Ebene der Gemeinden, Vorsicht walten zu lassen. Andererseits ist aber auch nicht davon auszugehen, dass alle 42.923 gewählten GemeindevertreterInnen eine Funktion in einer Partei haben und daher doppelt gezählt werden. Um trotzdem eine Einschätzung abgeben zu können, wieviele Personen insgesamt im Bereich der österreichischen Politik arbeiten, finden sich in Tabelle 11 eine

Tabelle 10: Anzahl der fiktiv Vollzeitbeschäftigten (VZÄ) im Nonprofit Sektor der österreichischen Politik nach Bundes- und Länderebene sowie Parteizugehörigkeit (ohne FPÖ und KPÖ) – Stand Sommer 2003

	Gesamt		ÖVP		SPÖ		Grüne	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Bund	275	19,3	154	20,2	106	18,4	15	17,2
Länder	1152	80,7	609	79,8	471	81,6	72	82,8
Summe	1427	100,0	763	100,0	577	100,0	87	100,0

Quelle: Eigene Primärerhebung 2003.

Tabelle 11: Anzahl der Beschäftigten in der österreichischen Politik nach Sektoren – Stand Sommer 2003

	Gesamt		Öffentlicher Sektor		Nonprofit Sektor	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Minimalvariante	111.116	100,0				
Maximalvariante	154.039	100,0	43.727	28,4	110.312	71,6

Quelle: Telefon- und Internetrecherche. Eigene Primärerhebung 2003. Eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Anzahl der Beschäftigten in der österreichischen Politik nach Sektoren und Parteien (ohne KPÖ) – Stand Sommer 2003

		Gesamt		Öffentlicher Sektor		Nonprofit Sektor	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ÖVP	Min.	69.135	100,0				
	Max.	84.291	100,0	15.488	18,4	68.803	81,6
SPÖ	Min.	40.864	100,0				
	Max.	51.531	100,0	10.954	21,3	40.577	78,7
FPÖ	Min.	4.008	100,0				
	Max.	4.058	100,0	3.728	91,9	330	8,1
Grüne	Min.	602	100,0				
	Max.	1.083	100,0	531	49,0	552	51,0

Quelle: Telefon- und Internetrecherche. Eigene Primärerhebung 2003. Eigene Berechnungen.

Maximalvariante, bei der die beide Sektoren einfach zusammenrechnet werden, und eine Minimalvariante, bei der alle GemeindevertreterInnen von der Summe der Sektoren abgezogen werden. Der tatsächliche Wert muss zwangsläufig dazwischen liegen, und zwar mit großer Wahrscheinlichkeit wesentlich näher bei der Minimalvariante. Die Anteile der beiden Sektoren werden trotzdem mit den Zahlen der Maximalvariante errechnet, da all jene, die für ihre Partei arbeiten und gleichzeitig ein Mandat haben, ja tatsächlich beiden Sektoren angehören.

Insgesamt arbeiten deutlich mehr Menschen in Nonprofit Sektor der Politik als im öffentlichen, nämlich rund zweieinhalb Mal mehr. Noch deutlicher ist dieses Übergewicht des Nonprofit Sektors bei der ÖVP (81,6 %) und der SPÖ (78,7 %), was ja schon in der großen Zahl der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen zum Ausdruck gekommen ist. Bei der FPÖ finden hingegen erstens die geringe Bedeutung der unbezahlten Arbeit und zweitens die bereits erwähnte schlanke Organisation ihren Niederschlag in einem

enormen Anteil des öffentlichen Sektors von 91,9 %. Der hohe Zuspruch bei den WählerInnen, den die Freiheitlichen in den vergangenen rund 25 Jahren verzeichnen konnten, fand in geradezu bemerkenswerter Weise keinen Niederschlag in der Größe der Partei selbst – und zwar weder bei den bezahlten noch bei den unbezahlten MitarbeiterInnen. Bei den Grünen halten sich die beiden Sektoren in etwa die Waage.

ANMERKUNGEN

- 1 Beschäftigung im Österreichischen Nonprofit Sektor, FWF-Projekt Nr. P14769-G05, Näheres siehe Internet: www.wu-wien.ac.at/sozialpolitik
- 2 Die kurzen Fragebögen, die im Rahmen unserer Forschungsarbeit versandt wurden, sollten nicht nur das Beschäftigungsvolumen in diesen Bereichen erstmals erfassen, sondern hatten auch den Charakter einer Vorstudie, die Informationen für die Gestaltung eines ausführlichen und auf den bestimmten Bereich optimal zugeschnittenen Fragebogens liefern sollte. Das ist insbesondere für die Erfassung der ehrenamtlich Tätigen von Bedeutung, da diese

- auch von Bereich zu Bereich äußerst unterschiedliche Tätigkeiten verrichten.
- 3 Um zu einer für den Bereich der politischen Parteien passenden Definition der ehrenamtlichen Tätigkeit zu gelangen, muss in einem zukünftigen Forschungsprojekt wohl die qualitative Sozialforschung zur Anwendung gelangen, die über das Instrument des Interviews die nötigen Informationen liefern kann.
 - 4 Vgl. als besonders anschaulich Tabelle 12.

LITERATUR

- Grüne* (o. J.). Die Statuten. Internet: www.gruene.at.
- Hollerweger, Eva* (2001). Die Rolle von ehrenamtlicher Arbeit und Spenden in Österreich, Wien (Working Paper).
- Klubfinanzierungsgesetz*, Internet: www.parlinkom.gv.at.
- Kobenter, Samo* (2003). KPÖ kündigt alle Mitarbeiter. Parteichef Baier: „Werden als politische Bewegung weiter existieren“, in: Der Standard (Online-Archiv), 07.10.2003.
- Landtagsbeschluss* über eine Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag LGB.Nr. 11/1973, 36/1984, 40/1994, 37/1998, 24/1999, 35/2000. § 6, Internet: www.voarlberg.at.
- SPÖ* (1998). Das Organisationsstatut. Internet: www.spoe.at.
- SPÖ* (2001). Jahrbuch des 37. Ordentlichen Bundesparteitag, Wien.
- Statistik Austria* (2003). Statistisches Jahrbuch, Wien.
- Wiener Bezügegesetz* 1997. Internet: www.wien.gv.at.

Websites:

- Burgenland: www.burgenland.at
 FPÖ: www.fpoe.at
 Grüne Bildungswerkstatt: www.gbw.at
 Grüne: www.gruene.at
 Kärnten: www.ktn.gv.at
 KPÖ: www.kpoe.at
 Niederösterreich: www.noel.gv.at
 Oberösterreich: www.ooe.gv.at
 ÖVP: www.oevp.at
 Parlament: www.parlinkom.gv.at
 Politische Akademie: www.modernpolitics.at
 Rechtsinformationssystem des Bundes: www.ris.bka.gv.at
 Renner Institut: www.renner-institut.at
 Salzburg: www.salzburg.gv.at
 SPÖ: www.spoe.at
 Statistik Austria: www.statistik.at
 Steiermark: www.stmk.gv.at
 Tirol: www.tirol.gv.at
 Vorarlberg: www.vorarlberg.at
 Wien: www.wien.gv.at

AUTORIN

Evelyn DAWID, Wien, freie Sozialwissenschaftlerin sowie Texterin für Museen und Ausstellungen im Rahmen der WortStatt. Forschungsschwerpunkte: Nonprofit Organisationen, Biographien und Lebensläufe, Arbeitsmigration, Frauen, Universitätsgeschichte.

Kontakt: Lainzerstraße 77, A-1130 Wien.
 E-mail: evelyn.dawid@gmx.at